

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. — Alle Königl. Post-Anstalten nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. In Danzig: die Expedition, der Westpreussischen Zeitung, Hundegasse 70. Vierteljährlicher Abonnements-Preis: für Danzig 1 Thlr.; bei allen Königl. Post-Anstalten 1 Thlr. 5 Sgr. Monats-Abonnements 12 1/2 Sgr.

Mit Gott für König und Vaterland



Insertions-Gebühren: die Petit-Spaltzelle oder deren Raum 1 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. R et em e per's Central-Annoncen-Bureau, Breitestr. 2, in Hamburg, Frankfurt a. M. u. Wien: Haasenstein & Vogler, in Leipzig: Illgen & Co., in Danzig: die Expedition der Westpreuss. Zeitung, Hundegasse 70. Einzelne Nummern 1 Sgr.

# Preussische Zeitung.

Berlin, 29. April.

Nach vorhergegangenem Gottesdienste in der Domkirche und der St. Hedwigs-Kirche fand die feierliche Eröffnung beider Häuser des Landtages durch Seine Majestät den König im Weißen Saale des königlichen Schlosses in Gemäßheit der Allerhöchsten Verordnung vom 18. dieses Monats heute statt.

Das diplomatische Corps war zahlreich vertreten. Die Zuschauer-Tribüne im Saale füllte sich schon früh. Die Theilnahme des Publikums war sehr lebhaft.

Die Mitglieder beider Häuser waren in großer Anzahl versammelt.

Um 1 Uhr traten die Staats-Minister ein und nahmen ihre Stellung links neben dem Throne.

Gegen 1 1/2 Uhr erschienen Seine Majestät der König, gefolgt von Sr. königlichen Hoheit dem Kronprinzen und den Prinzen des königlichen Hauses, welche sich rechts neben dem Throne vor den für sie bestimmten Armesseln aufstellten.

Seine Majestät der König wurden durch ein Hoch der Versammlung begrüßt, welches von dem Präsidenten des Herrenhauses, Wirklichen Geheimen Rath, Grafen Eberhard von Stolberg ausgebracht wurde. Allerhöchstdieselben geruhten hierauf aus den Händen des Präsidenten des Staats-Ministeriums Grafen von Bismarck-Schönhausen die Thronrede entgegen zu nehmen, und, das Haupt mit dem Helme bedeckt, vom Throne herab, wie folgt, zu verlesen:

**Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages!**

Aus den Berathungen des Reichstages, zu welchem das Preussische Volk auf Grund des von Ihnen genehmigten Gesetzes seine Vertreter entsandt hat, ist eine Verfassungs-Urkunde des Norddeutschen Bundes hervorgegangen, durch welche die einheitliche und lebenskräftige Entwicklung der Nation gesichert erscheint. Ich habe Sie um Meinen Thron versammelt, um diese Verfassung Ihrer Beschlußnahme zu unterbreiten.

Das Werk nationaler Einigung, welches die Staats-Regierung unter Ihrer Mitwirkung begonnen hat, soll jetzt durch Ihre Zustimmung seinen Abschluß finden.

Auf dieser Grundlage wird der Schutz des Bundesgebietes, die Pflege des gemeinsamen Rechtes und der Wohlfahrt des Volkes fortan von der gesammten Bevölkerung Norddeutschlands und von deren Regierungen in fester Gemeinschaft wahrgenommen werden.

Durch die Einführung der Bundesverfassung werden die Befugnisse der Vertretungen der Einzelstaaten auf allen denjenigen Gebieten, welche hinfür der gemeinsamen Entwicklung unterliegen sollen, eine unvermeidliche Einschränkung erfahren. Das Volk selbst aber wird auf keines seiner bisherigen Rechte zu verzichten haben; es überträgt die Wahrnehmung derselben nur seinen Vertretern in dem erweiterten Gemeinwesen. Die Zustimmung der freigewählten Vertreter des gesammten Volkes wird auch im Norddeutschen Bunde zu jedem Gesetze erforderlich sein. Durch die Bundesverfassung ist in allen Beziehungen dafür gesorgt, daß diejenigen Rechte, auf deren Ausübung die einzelnen Landesvertretungen zu Gunsten der neuen Staatsgemeinschaft zu verzichten haben, in demselben Umfange der Reichsvertretung übertragen werden. Die sichere Begründung nationaler Selbstständigkeit, Macht und Wohlfahrt soll mit der Entwicklung deutschen Rechtes und verfassungsmäßiger Institutionen Hand in Hand gehen.

Meine Regierung giebt sich der Zuversicht hin, daß die beiden Häuser des Land-

tages in richtiger Würdigung des dringenden nationalen Bedürfnisses zur schleunigen Erledigung der vorliegenden Aufgabe bereitwillig die Hand bieten werden.

Meine Herren! Der neu errichtete Bund umfaßt zunächst nur die Staaten Norddeutschlands; aber eine innige nationale Gemeinschaft wird dieselben stets mit den süddeutschen Staaten vereinen. Die festen Beziehungen, welche Meine Regierung bereits im Herbst vorigen Jahres zu Schutz und Trutz mit diesen Staaten geschlossen hat, werden durch besondere Verträge auf die erweiterte Norddeutsche Gemeinschaft zu übertragen sein.

Das lebendige Bewußtsein der süddeutschen Regierungen und Bevölkerungen von den Gefahren deutscher Zerrissenheit, das Bedürfnis einer festen nationalen Vereinigung, welches in ganz Deutschland immer entschiedener Ausdruck findet, wird die Lösung jener bedeutsamen Aufgabe beschleunigen helfen.

Die geeinte Kraft der Nation wird berufen und befähigt sein, Deutschland die Segnungen des Friedens und einen wirksamen Schutz seiner Rechte und seiner Interessen zu verbürgen.

In diesem Vertrauen wird Meine Regierung sich angelegen sein lassen, jeder Störung des Europäischen Friedens durch alle Mittel vorzubeugen, welche mit der Ehre und den Interessen des Vaterlandes verträglich sind.

Das deutsche Volk aber, stark durch seine Einigkeit, wird getrost den Wechselfällen der Zukunft entgegensehen können, wenn Sie, Meine Herren, mit dem Patriotismus, der sich in Preußen in ernsten Stunden stets bewährt hat, das große Werk der nationalen Einigung vollenden helfen.

Der Präsident des Staats-Ministeriums, Graf von Bismarck-Schönhausen, erklärte, im Auftrage Sr. Majestät des Königs, den Landtag der Monarchie für eröffnet.

Nachdem darauf der Präsident des Abgeordnetenhauses, von Forckenbeck, ein dreimaliges Hoch auf Se. Majestät den König ausgebracht hatte, in welches alle Anwesenden begeistert einstimmten, verließen Allerhöchstdieselben, huldvoll nach allen Seiten grüßend, den Saal.

## Lotterie.

Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 135. königlicher Klassen-Lotterie fiel der 2. Haupt-Gewinn von 100,000 Thlr. auf Nr. 64,050. 3 Gewinne zu 2000 Thlr. fielen auf Nr. 10,455. 11,503 und 46,679.

43 Gewinne zu 1000 Thlr. auf Nr. 1716. 8029. 10,609. 14,747. 19,287. 20,085. 21,745. 21,940. 23,595. 25,575. 27,865. 27,944. 28,040. 28,972. 30,807. 31,433. 31,877. 32,777. 33,046. 37,665. 38,206. 40,795. 45,484. 47,074. 47,143. 49,362. 50,883. 54,637. 56,316. 60,751. 63,777. 65,257. 66,204. 67,584. 69,032. 77,073. 77,143. 84,952. 85,582. 87,563. 88,541. 88,835 und 91,920.

65 Gewinne zu 500 Thlr. auf Nr. 197. 641. 6444. 6489. 7236. 7394. 8899. 10,164. 11,598. 15,182. 15,684. 15,831. 16,100. 21,006. 21,876. 21,910. 22,034. 22,304. 23,221. 23,695. 25,416. 29,227. 29,540. 31,302. 34,300. 36,542. 38,241. 40,745. 42,586. 44,856. 45,717. 47,801. 50,709. 55,264. 57,259. 57,662. 59,762. 60,175. 60,603. 60,789. 64,876. 66,603. 68,695. 70,002. 70,144. 70,168. 72,283. 73,381. 74,787. 76,140. 76,410. 77,496. 80,633. 81,248. 81,428. 81,486. 81,638. 83,782. 85,730. 86,982. 88,526. 90,547. 91,383. 92,251. und 94,719.

63 Gewinne zu 200 Thlr. auf Nr. 1839. 3128. 5550. 8238. 9953. 11,296. 12,951. 14,278. 14,453. 14,959. 15,973. 16,139. 20,038. 20,753. 21,167. 23,650. 24,629. 25,482. 25,632. 26,778. 28,506. 29,144. 31,477. 32,894. 33,111. 35,795. 35,829. 35,978. 38,639. 42,438. 44,451. 50,543. 51,488. 55,137. 57,441. 57,766. 58,089. 60,740. 60,904. 62,897. 63,734. 64,952. 66,917. 69,069. 69,426. 69,824. 71,954. 73,937.

75,438. 76,745. 79,876. 80,647. 82,529. 82,679. 84,968. 85,255. 85,448. 85,802. 86,159. 86,924. 88,611. 91,435 u. 92,590.

Berlin, 29. April 1867. Königl. General-Lotterie-Direction.

**Telegraphische Depeschen**  
der Westpreussischen Zeitung  
Mainz, 29. April. Die Dividende der Ludwigsbahn ist, bei statutenmäßiger Abgabe von 166,500 Gulden an den Reservefonds, für das verflossene Jahr auf 7 3/4 Prozent festgesetzt worden.

Darmstadt, 29. April. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer wurde die mit Preußen abgeschlossene Militärkonvention vorgelegt. Die Abgeordneten Goldmann und Hallwachs brachten einen Antrag auf den Eintritt der diesseits des Mains belegenen Provinzen in den Norddeutschen Bund ein.

Wien, 29. April. Die heutige „Debatte“ meldet: Das Berliner Kabinet hat in seinen Antworten an die drei Vermittelungsmächte dem Prinzip der Neutralisirung Luxemburgs zugestimmt.

Paris, 28. April. „Patrie“ erklärt, daß es sicher ist, eine Konferenz werde in London zusammentreten. Die Neutralisirung Luxemburgs sei bereits sowohl von Preußen als von Frankreich als Verhandlungsbasis angenommen.

„Avenir National“ setzt die Eröffnung der Konferenz auf den 15. Mai an und sagt, die Verhandlungsbasis sei Schleifung der Festungswerke und Neutralisirung des Großherzogthums. — „Etendard“ sagt, Preußen habe gestern im Prinzip der Räumung Luxemburgs und der Abhaltung einer Konferenz zugestimmt; es bleibe noch zu entscheiden, ob die Verpflichtung zur Räumung vor der Konferenz übernommen oder eine Folge derselben sein werde. Die Erledigung dieses Punktes stehe unmittelbar bevor. Der Zusammentritt einer Konferenz in London könne bereits jetzt als gesichert angesehen werden.

Petersburg, 28. April. Treten die kriegerischen Befürchtungen noch mehr in den Hintergrund, wie es nach den letzten Nachrichten den Anschein hat, so wird der Kaiser seine Gemahlin im Juni oder Juli nach Kissingen begleiten und sich alsdann vielleicht nach Paris begeben.

London, 29. April. Der Dampfer „Hermann“ bringt Nachrichten aus New-York bis zum 18. April und 119,422 Dollars an Contanten.

Kaiser Maximilian versuchte vergeblich das Belagerungskorps, welches ihn in Queretaro eingeschlossen hielt, zu durchbrechen. Juarez hat befohlen, für den Fall einer Gefangennahme des Kaisers, ihn als Kriegsgefangenen zu behandeln.

Brüssel, 29. April. Der Bericht des preussischen Kommissars, Oberbaurath Hagen, über die Scheldeabdämmung, liegt jetzt fertig vor und spricht sich zu Gunsten des von der holländischen Regierung aufgestellten Projektes aus.

## Herrenhaus.

Erste Sitzung.

Montag, 29. April, Nachm. 2 Uhr. Präsident: Eberhard Graf zu Stolberg-Wernigerode.

Am Ministertisch: Niemand. Die Plätze im Hause sehr lädenhaft besetzt, die Tribünen leer.

Die Sitzung wird um 2 Uhr 18 Min. durch den bisherigen Präsidenten Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode eröffnet. Zu Jugend-Schriftführern werden die 4 jüngsten Mitglieder des Hauses berufen, es sind dies die Herren Graf Yorck von Wartenberg, Graf von Carmer, Fürst zu Puttbus und Fürst zu Solm-Horstmar. Es werden eine große Reihe von Urlaubsgesuchen bewilligt.

Der Namensaufruf ergibt, daß 76 Mitglieder anwesend sind. Das Haus schreitet zur Wahl der Präsidenten und Schriftführer und zwar zunächst zur Wahl des ersten Präsidenten. Während derselben übernimmt der bisherige erste Vice-Präsident, Hr. v. Frankenberg-Ludwigsdorf das Präsidium. Es werden bei der Wahl 79 Stimmen abgegeben, von welchen erhalten: Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode 74, Herzog v. Ujest 2, Hr. v. Frankenberg-Ludwigsdorf 2 und Fürst zu Hohenlohe 1 Stimme.

Präsident Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode (den Präsidentenstuhl einnehmend): Ich nehme die auf mich gefallene Wahl des Hohen Hauses mit großem Danke an und werde mich bemühen, die Verhandlungen des Hauses in geeigneter Weise zu leiten.

Bei der nun folgenden Wahl des Ersten Vice-Präsidenten werden ebenfalls 79 Stimmentzettel abgegeben, von denen Herr v. Frankenberg-Ludwigsdorf 76, Herzog v. Ujest 3 Stimmen erhält.

Hr. v. Frankenberg-Ludwigsdorf: Da ich heute in mein 83. Lebensjahr eingetreten bin, so betrachte ich die mir durch Ihre Wiederwahl zu Theil gewordene Auszeichnung als ein zufälliges, aber schönes Geburtstagsgeschenk und nehme die Wahl mit Dank an. (Bravo.)

Präsident: Ich glaube dem Wunsche des Hauses nachzukommen, wenn ich die Bitte ausspreche, sich zur Gratulation des zweiten Präsidenten zu erheben. (Die Mitglieder des Hauses erheben sich.)

Bei der Wahl des zweiten Vice-Präsidenten werden 78 Stimmentzettel abgegeben, darunter 3 ungültige. Es erhielten davon Graf Brühl 56, Herzog von Ujest 14, Graf von Rittberg 2, Graf Redern 2, Herr von Altenstein 1 Stimme. Graf Brühl ist somit zum zweiten Vice-Präsidenten gewählt. Auch er nimmt die Wahl dankend an.

Hierauf wird die Wahl der Schriftführer vorgenommen. Das Resultat wird in der nächsten Plenarsitzung mitgetheilt werden. Hr. v. Rabe übernimmt auf Ersuchen des Präsidenten das Quästoramt.

Der Präsident erucht die Abtheilungen, morgen früh 11 Uhr zusammentreten, und zur Wahl einer Geschäftsordnungs-Commission zu schreiten, welche aus je drei Mitgliedern jeder Abtheilung bestehen soll. Die Commission soll sofort nach der Wahl zu ihrer Konstituierung zusammentreten.

Graf Rittberg erinnert daran, daß vielleicht auch die Wahl einer Petitions-Kommission nothwendig sein würde.

Herr v. Waldaw-Steinhöfel hält dies nicht für nöthig und Graf Rittberg zieht seinen Antrag zurück.

Schluss der Sitzung 3 Uhr 35 Minuten. Nächste Sitzung unbestimmt. Der Präsident erklärt, daß er zur nächsten Sitzung einladen werde.

## Haus der Abgeordneten.

1. Sitzung.

Montag, 29. April, Nachmittags 2 Uhr.

Präsident: v. Forckenbeck.

Am Minister-Tisch: Niemand.

Die Plätze im Hause spärlich besetzt, die Tribünen fast leer.

Präsident v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Minuten. Soweit derselbe der großen Entfernung wegen zu verstehen war, sprach er ungefähr folgende Worte:

Meine Herren! Nach der Geschäfts-Ordnung habe ich den Vorsitz zu führen, bis die Wahl eines neuen Präsidenten vollzogen ist. Ich eröffne daher die erste Sitzung der außerordentlichen Session. Beginnen wir die Geschäfte zum Heile unseres Vaterlandes und mit dem althergebrachten Rufe: „Se. Majestät der König lebe hoch!“ Das Haus stimmt lebhaft in einen dreifachen Hochruf ein. Es werden hierauf die 4 jüngsten Mitglieder des Hauses zu Jugendschriftführern ernannt. Der Präsident theilt mit, daß sich bis jetzt 300 Abgeordnete auf dem Bureau angemeldet haben. Sodann wird zur Auslösung der Abtheilungen geschritten. Nach beendigter

Ausloosung theilt der Präsident mit, daß morgen um 9 Uhr eine Sitzung der Abtheilungen im Abgeordnetenhaus am Dönhofsplatz stattfinden solle und beraumt die nächste Plenar-Sitzung auf morgen 10 Uhr an. Tages-Ordnung: Wahl des Präsidiums und der Schriftführer. Schluß der Sitzung 2 1/2 Uhr Nachmittags.

### Parlamentarisches.

Im Sitzungssaal des Herrenhauses sind dieselben räumlichen Einrichtungen, wie sie während der Session des Reichstages getroffen sind, verblieben, — auch die Einrichtung, daß die Portiers und diejenigen Huissiers, welche während der Plenarsitzungen im Innern des Sitzungssaales beschäftigt sind, Uniformen tragen. Die ersteren tragen an Stelle des rothen mit weiß paspoilten Kragens an dem schwarzen Ueberrock einen weißen, die letzteren tragen einen schwarzen Leibrock, dessen Krage an Stelle der rothen eine weiße wellenförmige doppelte Einfassung aufweist.

Der Konzertsaal des königl. Schauspielhauses, in welchem gegenwärtig die Sitzungen des Abgeordnetenhauses abgehalten werden, ist dem Räume nach eben so groß als der bisherige Sitzungssaal im Abgeordnetenhaus; dagegen ist der Raum auf den Tribünen sehr gering, so daß außer den Logen für den Hof, die Diplomatie und das Herrenhaus, sowie für das Präsidium und für die Journalisten nur täglich 75 Personen auf dem Zuschauerraum Einlaß finden können. Am schlimmsten ist die Lage der Journalisten, welchen gegenwärtig nur 15 Plätze eingeräumt sind. Abgesehen nun davon, daß bei der bedeutenden Höhe, in welcher die Gallerien angebracht sind, die Redner schwer verständlich sind, so ist die Loge auch noch so eingerichtet, daß der Berichterstatter den Redner nicht sehen kann, der Schall seiner Worte aber noch außerdem durch eine Säulenhalle, welche vor der Gallerie angebracht ist, gebrochen wird. Sämmtliche Vertreter der Presse haben sich deshalb auch schon an das Präsidium gewendet und um Abhilfe gebeten. — Nicht minder un bequem sind die anderen zu den Sitzungen benutzten Räumlichkeiten. Das Arbeitszimmer für die amtlichen Stenographen ist ein durch eine spanische Wand von dem Eingange zu den Tribünen getrennter Vorraum, ein gleicher Raum ist zu der Restauration hergerichtet, während die königliche Loge zum Besammlungszimmer für die Minister und Regierungs-Kommissionen umgestaltet und von dem Sitzungssaal nur durch einen Vorhang getrennt ist. Das Zimmer muß während der Sitzung durch Lampen erhellt werden. Ebenso unzureichend sind die Räume, in denen die Bureau-Beamten während der Sitzung beschäftigt sind. Man hat eben versucht, aus dem Vorhandenen soviel und so Gutes zu schaffen als möglich war, allein die vorhandenen Räume genügten eben so wenig, daß man kaum das Nothdürftigste aus ihnen herstellen konnte.

Die Mitglieder des Abgeordnetenhauses hatten sich gestern Abend bereits in den Fraktionen zur Besprechung zusammengefunden, der Besuch war jedoch nicht so zahlreich und werden die Besprechungen heut Abend fortgesetzt werden. Hauptsächlich wird man sich über die Präsidentenwahl verständigen und ist man in eingeweihten Kreisen der Ansicht, daß der bisherige Präsident, Abgeordneter von Forderbeck mit großer Majorität wieder gewählt werden wird. Am Mittwoch erwartet man, daß die Staats-Regierung den Verfassungs-Entwurf des Norddeutschen Bundes einbringen wird, den man ebenfalls in der Vorberatung erledigen will. In Abgeordnetenkreisen glaubt man, daß die Session nicht über 14 Tage andauern wird.

Im Abgeordnetenhaus wird von mehreren Seiten Schlussberatung der Norddeutschen Verfassung ohne Commissionsbericht beantragt werden. (Sehr wünschenswerth.)

Wie der Bresl. Z. berichtet wird, beabsichtigt bei der Präsidentenwahl im Abgeordnetenhaus die Fortschrittspartei gegen Forderbeck Präsidentur und für Waldeck zu stimmen. Für die Ablehnung der Reichsverfassung würden, wie das Blatt meint, etwa 100 Stimmen zu erwarten sein. (Das Stimmen für Waldeck wäre lediglich eine Demonstration, die uns um deswillen ganz unangenehm erschiene, weil Herr Waldeck schwer an den Augen leidet und soviel wir wissen, deshalb auch beim Obertribunal einen längeren Urlaub hat.)

Die Erbschaftswahl für den Abg. Hübnner (conservativ) findet nach Schlesiens Blättern am 8. Mai in Dels statt.

### In- und Ausland.

**Preußen.** Berlin, 29. April. Selten ist wohl die Eröffnung eines Landtages so unmittelbar mit dem Wendepunkte einer die auswärtigen Verhältnisse des Landes berührenden Krisis zusammengelassen, wie sich dies bei dem heute eröffneten preussischen Landtage zugetragen. Indem nun die Thronrede den in solcher Weise zusammenwirkenden Ereignissen einen treuen Spiegel vorhielt, geschah es, daß neben dem durch den speziellen Zweck dieses Landtages ihr zugewiesenen Thema, wie von selbst auch die auswärtige Politik in ihren Rahmen trat.

Die sachgemäß in den Grenzen der Aufgabe des Landtages sich haltende Thronrede gewinnt dadurch einen Gesichtspunkt, der sie trotz ihrer lakonischen Kürze zu einer ganz besonders inhaltsreichen macht und ihr ein ganz eigenthümliches anziehendes Interesse verleiht. Die norddeutsche Bundesverfassung konnte nicht wirksamer auf die Bahn ihrer schleunigen Erledigung geführt werden, als durch den bezüglichen Passus der Thronrede, welcher mit der klaren und präcisen Bezeichnung dieser Bahn zugleich die einzige Schwierigkeit hinwegräumt, welche der Vollendung des Verfassungswerks noch entgegenstand. Alle Streitfragen des Verfassungsrechtes hatte der Reichstag mittelst seiner, die Opposition des Abgeordnetenhauses in ihren dortseitigen Führern engagirenden Abstimmungen geschlichtet. Sie konnten kein wesentliches Hinderniß für eine den Reichstagsabschlüssen entsprechende Beschlußnahme über den Verfassungsentwurf mehr abgeben. Nur eine Frage war controvers geblieben, die umso mehr geeignet erschien, das Stadium der Landtagsberatung des Entwurfs zu einem verhängnißvollen zu machen, als sie ein Streitobject aufwarf, welches der bisherigen parlamentarischen Entwicklung fremd war. Ein von der norddeutschen Gesamtvertretung berathener Entwurf geht an die Spezialvertretungen der einzelnen Länder des Bundes über, die jetzt zum ersten Mal eine ihnen von dieser Seite zukommende Vorlage empfangen, zum ersten Mal eine fortsetzende Thätigkeit übernehmen, welche die widerstrebende Opposition in ihrem Sinne anfassen kann. Statt mit dem Reichstage Hand in Hand zu gehen, kann sie die Befugniß der Einzelvertretung in eine gegensätzliche Richtung zu treiben versuchen, und auf diese Weise das normal gebotene Zusammenwirken in einen Kampf, ein zerstörendes Ringen um die Gewalt verwandeln. Mit dem neuen Verhältnisse, welche diese bisher noch nicht dagewesene Beziehung hervorruft, gewinnt der alte Rivalitätskampf ein neues Feld, nachdem er auf allen übrigen Gebieten zurückgeschlagen war. Die Bundesverfassung sei im Grunde weiter nichts ein Mittel für die preussische Politik die Einzelvertretungen mundtot zu machen, ihre Rechte zu schmälern und zu untergraben — das war die Parole, welche die Urheber dieses Rivalitätskampfes ausgaben. Diese Saat der Zwietracht wurde auf den Boden der deutschen Bundesentwicklung geworfen und es schien in der That, als sollten die dort nach Beseitigung aller Hindernisse kräftig emporblühenden Keime dadurch wieder erstirbt werden. Da weht nun aus der Thronrede die Luft, welche diesem verächtlichen Einflusse feigezogen, indem sie hervorhebt, wie die Einführung der Bundesverfassung diejenigen Rechte auf deren Ausübung die einzelnen Landesvertretungen zu Gunsten der neuen Staatsgemeinschaft zu verzichten haben, in demselben Anfange der Reichsvertretung übertragen werden, und wie die Regierung weit entfernt aus der nationalen Einigung Gelegenheit für absolutistische Tendenzen zu machen, vielmehr darauf den Ton legt, daß ihr diese Einigung nicht genügen könne, daß selbst die Macht und Wohlfahrt, die damit verbunden, keine Berechtigung in ihren Augen habe, wenn nicht zugleich auch das Recht, wie es insbesondere in den verfassungsmäßigen Institutionen gegeben sei, gewahrt bleibe. Wenn jemals die hohle Declamation dem schlichten Ausdruck der Wahrheit unterlag, so wird es in diesem Falle geschehen, denn die sich schon wieder einmal rühmenden Rivalitätsläger können mit nichts Besserem aufwarten, als mit solchen hohlen Declamationen. Der auf die auswärtige Politik bezügliche Passus der Thronrede läßt deutlich erkennen, daß die jetzt eingetretene Wendung der Regierung angenehm ist. Die allgemeine Fassung des Passus erklärt sich nicht allein durch die Rücksichten welche eine Thronrede zu nehmen hat, als dadurch daß sich Spezielleres auch anderwärts kaum würde sagen lassen. Es ist noch kein Abschluß in der luxemburgischen Frage erreicht. Die größere Aufklärung, die ihr die neueste Wendung gegeben, hat nur festgestellt, daß wir es mit einer w e r d e n d e n Streitfrage zu thun haben. Wie sie werden und was daraus werden wird, — steht noch dahin. Bedenklich erscheint daß die Nachricht von der in Aussicht stehenden Londoner Konferenz von massenhaften Berichten über die französischen Rüstungen begleitet sind. Die Konferenz soll den Conflict verhüten und inzwischen erfahren wir von authentischer Seite, daß Frankreich drei Angriffsarmeen organisirt: eine von 200,000 Mann und der Garde, die der Kaiser selbst befehligen wird, eine zweite von 100,000 Mann unter Canrobert, eine dritte, die „Elbarmee“ zur Landung an der Nordsee. Zwei französische Armee-corps sind bereits mit dem Chassepotgewehr ausgerüstet, ebenso 20 Bataillone Chasseurs und die Röglinge der Schule von St. Cyr. — Ueber das geschäftliche Verfahren des Landtages wird die Regierung mit den einflussreichsten Führern in Berathung treten. — Sr. Majestät der König haben 20,000 Thlr. zu Entloohnen auf der Pariser Ausstellung bewilligt. Es sollen Gewerbliche und landwirtschaftliche Gegenstände angekauft werden, für die ersteren sind 15,000 Thlr. für die anderen 5,000 Thlr. bestimmt und ist die Aufstellung der Gegenstände in den hier zu

begründenden Museen für Gewerbe und Landwirtschaft beabsichtigt. Es hat sich nun auch der Vorsitzende des Landes-Deconomie Collegiums, Geh. Regierungsrath Wehrmann zur Berichterstattung über die Ausstellung nach Paris begeben. — Während der nächsten Sommerfaison werden Vorstellungen durch die hiesigen Mitglieder der Hofbühne auf den ehemaligen Hofbühnen in Cassel, Wiesbaden und Hannover veranstaltet werden.

Sr. Maj. Brigg „Musquito“ ist am 26. d. Mts. und Sr. Maj. Brigg „Nover“ am 27. d. Mts. in Portsmouth angekommen.

Aus einer Vergleichung der neuesten über die luxemburgische Angelegenheit eingelaufenen Nachrichten scheint hervorzugehen, daß die Frage in einer Conferenz der Großmächte zum Austrage gebracht werden wird, denn die Wahrscheinlichkeit einer solchen ist das gemeinsame Moment aller heutigen Mittheilungen von einiger Bedeutung. Nach einem Telegramme aus Wien zum Beispiel berichtet die neueste Nummer der „Debatte“, daß dort am 27. d. M. Nachrichten eingetroffen sind, denen zufolge die österreichischen Propositionen seitens des Berliner Cabinets als Basis für weitere Verständigungsunterhandlungen angenommen wären. Der Zusammentritt der Conferenz, die in London stattfinden würde, soll nach dem Telegramm als gesichert erscheinen.

Nicht weniger soll das Pariser Publikum und besonders die Börse durch die eingetroffene Nachricht beruhigt worden sein, daß Preußen unter Umständen die Festung Luxemburg räumen wolle. In Bezug darauf wird von anderer Seite mitgetheilt, daß Preußen einer solchen Räumung niemals unbedingt entgegen gewesen sei, sondern nur der Form, unter der sie von Frankreich verlangt wird, welche, einmal anerkannt, auch das Besatzungsrecht von Mainz in Frage stellen würde. Preußen, wird behauptet, sei zur Räumung der Festung bereit, unter Garantie des Fortbestehens jenes vertragsmäßigen Defensivsystems, dessen Ausfluß das preussische Besatzungsrecht in Luxemburg und Mainz sei, und unter vertragsmäßiger Gewährleistung der Neutralität des Landes und der Festung Luxemburg. In Berlin soll man die Garantien für den Ausbruch des Krieges verantwortlich machen wollen, wenn sie jenes im europäischen Interesse vereinbarte Vertheidigungssystem aufgeben wollten.

Den Vergleich zwischen Luxemburg und Mainz will man von anderer Seite aus dem Grunde nicht gelten lassen, weil bei dem letztern außer den oben erwähnten Verträgen noch ein besonderes, nicht gelöstes Abkommen mit dem Großherzoge von Hessen in Betracht käme, mithin seitens Frankreichs ein ähnliches Verlangen, wie das Luxemburg betreffende, Mainz gegenüber nicht geltend gemacht werden könne.

Man meint nun an unterrichteter Stelle, daß, wenn die Mächte ernstlich den Zweck der genannten Schutzverträge: Sicherstellung der deutschen Grenzen, im Auge behalten wollten, Preußen gerne die Hand zur Vereinbarung von Abänderungen im angedeuteten Sinne bieten würde.

Durch Bekanntmachung des königl. Oberpräsidiums für Schleswig-Holstein vom 23. April sind die resp. in Arhus und Kopenhagen erscheinenden Blätter „Arhus Stiftstidende“ und „Fädrelandet“ für die Herzogthümer Schleswig-Holstein verboten worden.

**Frankreich.** Paris. Die Forts von Paris werden kriegerisch armirt.

An Marshall Forey's Stelle wird General Ladmiraunt das Commando des Lagers von Chalons erhalten.

Der bekannte Elssasser Fabrikant Köhlin hat, mit der Bitte, es dem Kaiser vorzulegen, ein Gesuch an das Ministerium des Innern und des Krieges gerichtet, um die Erlaubniß zu erhalten, ein Freiwilligen-corporps von 500 Mann zu errichten. Eben so haben zahlreiche Communen jener Gegend ähnliche Gesuche eingereicht, und viele Private erbieten sich, 10 bis 25 Freiwillige auf eigene Kosten auszurüsten.

Die Einberufung der Reservisten für den 1. Mai hat hier wenig Eindruck gemacht. Nach den Rüstungen, welche bisher vorgenommen wurden, konnte diese Nachricht kaum noch überraschen. Die Maßregel ist aber doch von großer Bedeutung, da die französische Armee sofort einen Zuwachs von 250,000 Mann erhält (50,000 Mann Reserve sind noch nicht einberufen), und da diese sich in den Depots befinden, so ist, falls der Krieg ausbricht, eine Vervollständigung der einzelnen Regimenter in kürzester Frist zu bewerkstelligen.

Unter den Regierungsorganen thut sich die inspirirte Pariser Correspondenz der „Correspondence Havas“ durch Maßlosigkeit hervor. In einem für die Departementalblätter bestimmten „Briefe“ spricht sie über die Preussische Regierung ganz rüchstlos so, als ob der Krieg schon ausgebrochen wäre. Unter andern Unfähigkeiten behauptet sie, Preußen habe in Frankfurt a. M. im vorigen Sommer eine systematische Plünderung organisirt.

In Metz herrscht die größte kriegerische Thätigkeit. Dort wird Munition in

Menge angefertigt, und von da nach des kleineren Plätzen spedit. Ebenso befindet sich in Metz das Hauptdepot von Wehl, welches die Regierung in großen Quantitäten ankauft und dann gleichfalls auf die kleinen Plätze vertheilt. Die Schleißen bei Metz wurden einer Prüfung unterworfen, um gegebenen Falls sofort die ganze Umgebung unter Wasser setzen zu können. Ein General des Geniewesens inspicierte in den letzten Tagen die festen Plätze der Oisgrenze. Die Einwohner von Metz fürchten eine längere Belagerung sehr und sind wenig kriegerisch gestimmt.

Der Köln. Zig. wird geschrieben: Merkwürdig machte es sich, daß gerade im Augenblicke, als der Brief Roubers (s. unten.) in der Kammer vorgelesen wurde, lange Reihen von Munitionswagen die Quais entlang am gefahrenden Körper vorbeizogen. Selbstverständlich werden während der Friedens-Unterhandlungen die kriegerischen Vorbereitungen seitens Frankreich nicht eingestellt werden. Im Gegentheil! Man ist jetzt sogar mit der Organisation der großen Angriffs-Armeen beschäftigt.

Paris, 27. April. Bei Eröffnung der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers theilt Präsident Schneider Folgendes mit: Nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung habe ich dem Staatsminister das Interpellationsverlangen mitgetheilt, welches Hr. J. Favre in seinen und mehrerer seiner Kollegen Namen gestellt hat. Der Hr. Staatsminister hat mir durch eine Depesche geantwortet, welche ich hiermit verlese: „Herr Präsident, Sie haben mir die Ehre erwiesen, mir durch eine Depesche unter dem Datum von gestern Abschrift eines Interpellationsverlangens mit der Unterschrift der Herren J. Favre, E. Ricard, Malézieux, J. Simon und Bellmont zu überreichen. Die Regierung hegt den lebhaftesten Wunsch, den öffentlichen Gewalten und dem Lande alle auf die Großherzogthumsfrage bezüglichen Thatsachen mitzutheilen. Wenn sofortige Mittheilungen möglich gewesen wären, so würde sich die Regierung bereit haben, sie auf der Tribüne zu veröffentlichen, allein es sind zur Aufrechterhaltung des europäischen Friedens günstige Unterhandlungen von den Großmächten eingeleitet und werden von ihnen eifrig fortgeführt. Diese diplomatische Situation legt der kais. Regierung die größte Zurückhaltung auf; sie hält es für ihre Pflicht, die Verantwortlichkeit für eine vorzeitige öffentliche Debatte nicht auf sich zu nehmen. (Sehr gut.) Mit Bedauern schlägt sie Angesichts der nothwendigen Aufregung der öffentlichen Meinung die Vertagung dieser Diskussion vor. Allein der gesetzgebende Körper hat eine zu hohe Erfahrung in diplomatischen Angelegenheiten, als daß er einem solchen Verhalten seine Zustimmung nicht ertheilen sollte. Die Regierung ist übrigens entschlossen, diese wichtige Sache, sowie es die Verhältnisse gestatten, vor der Kammer zu behandeln. (Neue und lebhafte Zustimmung.) Gehen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.“

Der Staatsminister Rouber.  
Ich habe, fährt Präsident Schneider fort, Abschrift von diesem Briefe nehmen lassen und sie den Präsidenten der einzelnen Bureaus zugesandt. Nach gepflogener Berathung haben die Bureaus die Ansicht abgefaßt, daß die Interpellationen nicht stattfinden sollen.“ — J. Favre: Ich erlaube mir eine Bemerkung. Die Urheber der Interpellation nehmen Akt von den Hoffnungen und Versprechungen, welche in diesem Briefe aufgeführt werden. Nur verlangen sie von dem Herrn Staatsminister, daß die Regierung, bevor sie die Kammer zu Rathe gezogen keinen endgültigen Beschluß fasse. (Verschiedenartige Bewegung.) — Glais Bizoin: Damit es nicht wieder gehe wie mit Mexiko.

**Amerika.** Eine große Westeichung's Geschichte geht gegenwärtig durch fast sämtliche amerikanische Blätter; die New-York-Centralfisenbahn ist eine Verschmelzung verschiedener Linien und steht durch die Bill, welche von seiten der Legislatur die Consolidirung genehmigt, unter dem Druck einer Bestimmung, nach der 2 Cents pro Meile der gleichförmige Preis für Beförderung für Passagiere in erster Klasse ist. Das fortwährende Steigen der Preise für Material und Arbeit hat die Gesellschaft nun genöthigt, um Modificationen dieser Lage einzukommen, ohne daß wegen des Widerstandes von seiten des Gouverneurs, der jedes Jahr die Bill mit seinem Veto zurückwies, die Petition durchgegangen wäre. Neuerdings nun sind die Summen bekannt geworden, die die Annahme der Bill seitens der gesetzgebenden Versammlung gelöst hat, und es sind runde 500,000 Dollars. Im Jahre 1865 erhielt das berichterstattende Comité des Senats für einen günstigen Bericht in der Sache 25,000 Dollars. In diesem Jahre betragen die Kosten für Bearbeitung der Legislatur ungefähr 100,000 Dollars. Senatorenstimmen rangiren zwischen 1000 bis 20,000 Dollars und die der Versammlung der Legislative zwischen 1000 bis 5000 Dollars. Auf Erfolg ist auch dieses Mal nicht viel Hoffnung, vielmehr alle Aussicht zu einem abermaligen Veto des Gouverneurs vorhanden.



